

Porträt: Chris Bollenbach (CDU)



Wenn die rot-grüne Ratsmehrheit im ostwestfälischen Städtchen Bünde vor knapp 20 Jahren nicht den dringenden Wunsch der örtlichen Realschule abgeschmettert hätte, die Schule als Ganztagschule zu führen, dann wäre die politische Laufbahn von Chris Bollenbach möglicherweise ganz anders verlaufen. So ärgerte sich der damals 17-jährige Sohn einer Handwerkerfamilie derart über die Sturheit von Roten und Grünen, dass er sich der opponierenden CDU anschloss und gleich einen Ortsverband der Jungen Union gründete. Von diesem Zeitpunkt an verlief die politische Karriere des jungen Chris – er heißt tatsächlich so, weil seine Eltern damals für den Schlagersänger Chris Roberts schwärmten und kurze prägnante Vornamen schätzten – ebenso steil wie seine berufliche. Schon 1992 war er Vorsitzen-

der der Jungen Union im Kreis Herford, 1993 wurde er dort stellvertretender Kreisvorsitzender der Mutterpartei CDU, seit 1994 sitzt er im Kreistag von Herford und seit 2005 im Landtag. In derselben Zeit absolvierte er die Ausbildung zum Gas- und Wasserinstallateur, leistete den Wehrdienst, legte 1999 die Meisterprüfung ab und trat 2000 gleichberechtigt in den väterlichen Betrieb ein.

Weil ihm das berufliche Standbein unverändert wichtig ist, sitzt Bollenbach auch jetzt noch jeweils montags und freitags im Büro in Bünde, nimmt Aufträge an, schreibt Kostenvoranschläge und Rechnungen. „Ich weiß auch noch, wie Heizöl riecht“, sagt er lächelnd, denn im Winter teilt er sich selbst regelmäßig zum Bereitschaftsdienst am Wochenende ein, und wenn irgendwo in Bünde und Umgebung eine Heizung ausfällt, macht er sich selbst an die Reparaturarbeit. Dass er vor drei Jahren direkt ins Düsseldorfer Parlament gewählt wurde und aus dem Monteursanzug in feinen Zwirn und Schlips wechseln musste, hat er damals kaum für möglich gehalten. Denn bis 2005 hatte die SPD in seinem Heimatwahlkreis mit fast 20 Prozentpunkten scheinbar uneinholbar vorn gelegen, doch der Erdrutschsieg seiner Partei verhalf auch ihm zum Sprung an den Rhein.

Im Landtag kümmert sich der Handwerksmeister vor allem um die Themen Jugendhilfe und Schule, mit denen er sich auch im Kreistag Herford beschäftigt, seit fast zehn Jahren als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses. „Ich finde es wichtig und richtig, dass diese Probleme auch aus einer anderen Perspektive gesehen werden“, begründet er sein Engagement. Nicht nur Lehrer und Sozialarbeiter sollten über diese Fragen diskutieren und entscheiden, sondern auch diejenigen, die das Bildungssystem vor allem aus der Sicht von Ausbildungsbetrieben und Berufskollegs kennen. Dabei ist Bollenbach keiner jener jung-dynamischen Politprofis, die gleich überall laut und möglichst in der ersten Reihe mitreden wollen. „Ich melde mich lieber seltener zu Wort, aber wenn ich dann was sage, hat das auch Hand und Fuß und das schätzen die Kollegen.“ Sein zweites politisches Standbein ist die Entwicklungspolitik, die zwar in der Landespolitik keine herausragende Rolle spielt, die Bollenbach aber deswegen schätzt, weil man hier im Kleinen doch Einiges bewegen und praktische Verbesserungen für die Menschen erzielen kann, vor allem in Ghana, dem Partnerland NRW.

Dass Bollenbach schwul ist, hat ihm bislang weder in der CDU noch in der Politik insgesamt große Probleme bereitet. Seit zwei Jahren lebt er mit seinem Mann in einer eingetragenen Partnerschaft. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU, Peter Biesenbach, war Gast auf der Feier in Bünde, und auf der nächsten Fraktionssitzung spendierte Bollenbach eine Runde Sekt, so wie es die Parteifreunde machen, die in den Ehestand treten. Dabei ist ihm durchaus bewusst, dass vor allem Ältere in der Union mit dieser Lebensform ihre Schwierigkeiten haben und hinter seinem Rücken gelegentlich tuscheln, aber mittlerweile sei das Thema durch, hat er festgestellt.

Politische Ambitionen, die über den Landtag hinausreichen, hat Bollenbach nicht und auch nach Berlin in den Bundestag zieht es ihn nicht, obwohl der langjährige Bundestagsabgeordnete in seinem Wahlkreis, Reinhard Göhner, nicht wieder antritt. „Dann müsste ich den Betrieb aufgeben, und das will ich nicht.“ Außerdem möchte Bollenbach nach seiner ersten Legislaturperiode in Düsseldorf weitermachen. „Wenn die Partei mich aufstellt, dann kandidiere ich auch wieder.“

Peter Jansen

Freiheit und/ oder Sicherheit?

Karsten Rudolph, SPD-Landtagsabgeordneter und Privatdozent an der Ruhr-Universität Bochum, hat zusammen mit Stefan Huster ein Taschenbuch zur inneren Sicherheit herausgegeben*. Darin unternehmen die beiden Bochumer Wissenschaftler den Versuch, eine oft emotional und mit Schlagworten geführte Debatte zu versachlichen. Fachleute, Wissenschaftler, amtierende und ehemaliger Politiker, darunter auch die beiden liberalen Ex-Minister Baum und Hirsch, kommen zu Wort. Der frühere nordrhein-westfälische Innenminister Hirsch zum Beispiel vermisst beim Kampf gegen den Terror eines: Dass genauso intensiv nach den Ursachen und den politischen Zusammenhängen gesucht wird. Nur so sei eine dauerhafte Lösung der krisenhaften Entwicklung denkbar.

Anders der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Wolfgang Bosbach. Er fordert, „heute die Maßnahmen zu ergreifen, die Vereinbarungen zu treffen und die Gesetze zu verabschieden, von denen wir uns nach einem großen Anschlag in Deutschland wünschen würden, sie rechtzeitig gemacht zu haben“.

Der Bielefelder Rechtsprofessor Christoph Gusy schlägt zur Verbesserung der Informationsmöglichkeiten der Abgeordneten, die die Arbeit der Sicherheitsdienste kontrollieren, das „permanente Hilfsorgan eines parlamentarischen Nachrichtendienstesachverständigen“ vor. Er könne, meint Gusy, dabei helfen, den – wie er meint – „blinden Wächtern ein bisschen mehr Durchblick zu verschaffen“.

Der Terrorismusexperte Ulrich Schreckener wünscht eine innerstaatliche wie auch internationale öffentliche Debatte und Kontrolle des Kampfs. Bei der Debatte müsse die Politik eine Form der Kommunikation wählen, die sachlich aufklärt und „die diffuse Spekulationen oder alarmistische Töne vermeidet“.

In der abwägenden Einleitung analysieren die Herausgeber die neue Bedrohung durch den Terrorismus und erörtern die Möglichkeiten, die eine Demokratie zur Terrorismusbekämpfung hat. In ihren Augen sprengt der Terrorismus der Neuzeit alle bisher bekannten Formen der Kriminalität. Der Terrorismus unserer Tage ist in ihren Augen ein „unbestimmtes Risiko“, das – wie ein Großschadensereignis – weder lokalisierbar noch individuell zurechenbar sei, eben eine „existenzielle Bedrohung des Gemeinwesens“. Vorbeugendes staatliches Handeln dürfe nicht das beschädigen, was es zu schützen vorgebe, mahnen sie. Kein neuer Gedanke, darüber sind sich Rudolph und Huster im Klaren: „Die Klassiker des Staatsdenkens haben immer gewusst, dass es Situationen gibt, die das Recht nicht regeln kann.“ jk

* Vom Rechtsstaat zum Präventionsstaat. Hrsg. von Stefan Huster und Karsten Rudolph, edition suhrkamp 2008, ISBN 978-3-518-12543-4, 229 Seiten.

